

## Moin, moin

**Liebe Mitbürger,** neulich beim Tee fragte mich meine Freundin aus Lärmschutzzone II: „Kennst Du die Redensart 'Wenn zwei das Gleiche tun, ist es doch nicht dasselbe.'?“ „Natürlich. Was Silvio Berlusconi sich erlauben kann, darf Silvio Harms oder Heinrich Zwickmöller noch lange nicht.“ „Zum Beispiel. Aber es ist genau so ungerecht, wenn zwei Menschen für die gleiche Arbeit und die gleiche Arbeitsleistung ganz unterschiedliche Löhne bekommen.“ Sie stellte ihre Tasse zur Seite. „Im neuen Armutsbericht der Bundesregierung steht der Satz: 'Sinkende Löhne verletzen das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung.' Das haben Fachleute formuliert. Die konservative Regierung selbst sieht das natürlich anders. Wirtschaftsministerchen Philipp Rösler ist ganz offen: 'Sinkende Reallöhne sind der Ausdruck struktureller Verbesserungen.' Da fällt einem nichts mehr ein... oder doch: Wenn der und die anderen so weiter machen dürfen, wird sich nichts ändern!“

Jetzt war sie in Fahrt: „Leider merken ja viel zu wenig Wähler, was die sich konservierenden Politiker in Bund und Land anrichten. Es gibt immer mehr Leiharbeit, immer mehr Minijobs und immer weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Die schleichende Altersarmut wird allen schaden. Und tagtäglich kann man in den Schlagzeilen lesen, was passiert, wenn die Bildung und Ausbildung unserer Kinder immer schlechter wird.“ Da hat sie Recht. Gerade im frühen Kindesalter werden doch die Weichen für die Chancen eines Menschen gestellt – und aufs Ganze gesehen auch für die Zukunft unserer Gesellschaft. Was fördert denn mehr, die Herdprämie oder gut ausgebildetes pädagogisches Personal? In den Krippen sind die Gruppen zu groß, es gibt dort viel zu wenig Plätze, und auch die Schulklassen sind überfüllt. Warum genehmigt die Landesregierung keine richtige Ganztagschule für die IGS Friesland? Diese Bildungspolitik benachteiligt immer noch viele Kinder, nicht nur die armer Eltern!“

Sie hat Recht: Wir brauchen eine bessere Landesregierung. Zum Glück haben wir in Friesland den Olaf Lies. Dass der sympathisch aussieht, ist eigentlich nebensächlich. Aber was wichtig ist: Der Mann ist kompetent, fleißig und redet Klartext.

Am 20. Januar ist Landtagswahl. Sonnenaufgang ist dann um 8.27 Uhr. Wer was ändern will, sollte bis spätestens 18.00 Uhr wählen gehen ....

**Euer Schorti**


## Statt Betreuungsgeld Angebot an Krippenplätzen ausbauen



Kreistagsabgeordnete Anne Bödecker interviewt MdL Olaf Lies

**Igel:** Herr Lies, Sie haben im Kreistag eine Resolution zur Abschaffung des Betreuungsgeldes eingebracht, das für Eltern gedacht ist, die ihr Kind zu Hause betreuen wollen. Der Kreistag hat diese Resolution mehrheitlich verabschiedet. Ist das nicht Sache der Bundespolitik?

**Olaf Lies:** Ja, das Gesetz ist im Bundestag mit Stimmen der CDU und FDP verabschiedet worden. Aber dieses Gesetz hat massive Auswirkungen auf die kommunalen Träger von Kindertagesstätten. Bisher können wir durch das Kita-Gesetz nur Betreuungsmöglichkeiten schaffen, die zu Lasten der Betreuerinnen und der Kinder

gehen. Vorgabe der Landesregierung ist, dass für Krippengruppen zwei Betreuungskräfte für 15 Kinder vorgesehen sind. Da das überhaupt nicht ausreicht, müssen die Kommunen in Vorleistung gehen und bezahlen aus ihren Haushalten die Drittkraft in den Krippengruppen. Ein Beispiel ist ja Schortens. Die Stadt bietet ein hervorragendes Angebot - wenn ich richtig informiert bin, ist die Quote von 35 % erfüllt und wer einen Krippenplatz benötigt, bekommt einen. Für die Stadt ist das teuer und die Eltern müssen höhere Gebühren zahlen. 

Fortsetzung Seite 2

## Fortsetzung von Seite 1

Die ursprünglich vorgesehene Regelung, dass die Eltern ein Drittel der Kosten für diese Plätze bezahlen, ist schon lange nicht mehr einzuhalten hier ist das Land gefordert. Deshalb ist das Betreuungsgeld sehr wohl in seiner Auswirkung eine Sache der Kommunen, denn sie und die Eltern bezahlen die Zeche. Zielvorstellung muss doch sein, dass die Eltern so wenig wie möglich belastet werden.

**Igel:** Ist es dann nicht eine gute Regelung, wenn man Eltern, die ihr Kind dann gar nicht in die Krippe geben, ein Betreuungsgeld von 100,- Euro gibt? Laut CDU haben sie dann doch eine Wahlmöglichkeit und können ihr Kind zu Hause behalten.

**Olaf Lies:** Das ist ja wohl lächerlich. Von 100,- Euro kann keine Familie das Kind zu Hause betreuen, wenn sie auf den Verdienst angewiesen ist. Die Wahlmöglichkeit haben dann nur Besserverdienende, die mit einem Gehalt auskommen. Das benachteiligt aber die Frauen, weil sie es meistens sind, die dann einen Bruch in ihrer Erwerbsbiographie riskieren und das hat weitere



Auswirkungen, z. B. die Belastung der Sozialsysteme, das Risiko von Altersarmut, Verstärkung des Fachkräftemangels. Damit wird ja wohl sehr deutlich, dass dieses Betreuungsgeld das absolut falsche Signal ist. Ich bekomme ja auch keine Entschädigung, wenn ich z. B. öffentliche Verkehrsmittel nicht benutze. Wichtig ist aber, dass diese vorhanden sind, um denen, die kein Auto fahren können oder wollen, Mobilität zu ermöglichen.

**Igel:** Es wird immer wieder in Studien angemahnt, dass frühkindliche Bildung ein wesentlicher Punkt für den späteren Schulerfolg darstellt.

Skandinavische Länder, die bei PISA besonders gut abgeschnitten haben, sind da wesentlich weiter. Was müsste sich dann bei uns ändern?

**Olaf Lies:** Kindertagesstätten haben ja bereits einen Bildungsauftrag, der weit über das bisherige Betreuungsangebot hinaus geht. Das steht auf dem Papier – Rahmenbedingungen hat man nicht geändert. Unsere Erzieherinnen leisten hervorragende Arbeit und müssen jetzt sehen, wie sie damit zurecht kommen. Sie werden allein gelassen. Daher ist wichtig, dass sie Hilfen auch für Weiterquali-

fizierungen und Spezialisierungen bekommen und die Gruppengrößen in Kindertagesstätten verringert werden. Dringend nötig ist auch, dass die Drittkräfte in Krippengruppen Standard werden und somit ebenfalls vom Land bezahlt werden müssen und nicht von den Kommunen. Vor- und Nachbereitungszeit für die Erzieherinnen und die Entlastung der Leiterinnen wird ein weiterer wesentlicher Aspekt sein. Des Weiteren wird man sich die Ausbildungsinhalte anschauen müssen und dafür sorgen, dass man vom Beruf der Erzieherin oder des Erziehers auch eine Familie ernähren kann. Gerade die sozialen Berufe werden in unserer Gesellschaft oft sehr schlecht bezahlt. Das sehen wir z.B. auch in der Altenpflege. Wir brauchen dringend eine Attraktivitätssteigerung des Erzieherberufes, damit sich qualifizierte Leute auch dafür entscheiden. Bei einer Steigerung des Angebotes werden hier viele gebraucht, die auch bereit sind, diese Arbeit zu leisten. Und vor allem Spaß an der Arbeit haben.

Bild: ©Alena Ozerova - Fotolia.com

## Jade-Weser-Port muss ein Erfolg werden

**Igel:** Herr Lies, kommen wir jetzt zu einem Thema, das die Region besonders bewegt: Der Jade-Weser-Port. Politische Mitbewerber werfen Ihnen ja vor, dass Sie zu kritisch sind?

**Olaf Lies:** Das kann nur jemand behaupten, der von eigenen Fehlern ablenken will und es sind viele Fehler bei der Durchführung des Projektes gemacht worden. Seit Jahren weiß man, dass es z. B. eine entsprechende Hinterlandanbindung mit Elektrifizierung und mit Lärmschutz zum Schutze der Bevölkerung geben muss. Bisher wurde das aber nur halbherzig verfolgt. Im Ergebnis wird frühestens 2019 die Anbindung fertig sein. Das sind 18 Jahre seit der Entscheidung für den Hafen. Hier hätte man bei entsprechender Planung 10

Jahre weiter sein können. Auch bei der Durchführung des Baues und der Begleitung des Projektes sind eine Menge politisch zu verantwortende handwerkliche Fehler gemacht worden. So ein Projekt muss Chefsache sein und Priorität genießen – auch im fernen Hannover. Die Halbherzigkeiten sind das, was ich immer wieder bemängelt habe. Ich will, dass dieses Projekt ein voller Erfolg wird und die Bevölkerung einen Nutzen davon hat, indem hier eine wirtschaftliche Boomregion entsteht. Daher bin ich auch erschrocken über die aktuellen Meldungen, nach denen die weiteren 8 Containerbrücken nicht beschafft werden sollen. Da darf Politik nicht tatenlos zusehen. Das ist ein schlechtes Bild für den Hafen. Eine Landesregierung

darf sich nicht nur auf den Bau konzentrieren, sondern muss auch am Erfolg mitarbeiten. Dieses habe ich immer wieder angemahnt und mich immer wieder dafür eingesetzt. Jetzt und möglichst schnell müssen entsprechende Weichen richtig gestellt werden. Meine Ungeduld mag man mir verzeihen, denn mit Unzulänglichkeiten kann man bei diesem Jahrhundertprojekt wohl kaum leben. Ich will einen Erfolg für die Region und für Niedersachsen und das ist ja wohl kein „Miesmachen“ sondern eine Forderung. Auch – wie Sie so schön sagen – „die politischen Mitbewerber“ müssen ein Interesse an diesen Forderungen haben und begreifen, dass hier der regionale Schulterschluss gefragt ist und nicht von Miesmacherei reden, um die

Fehler der jetzigen Landesregierung zu kaschieren.

**Igel:** Sprach hier der designierte Wirtschaftsminister?

**Olaf Lies:** Das entscheiden letztendlich die Wählerinnen und Wähler. Nur soviel, bei mir würde die Maritime Wirtschaft und der Hafen sofort zur Chefsache werden.

**Igel:** Herr Lies, wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen bei der Wahl am 20. Januar viel Erfolg.

**Impressum:** SPD Schortens

**v.i.S.d.P.** Peter Jakob  
Kriemhildstr. 22  
26419 Schortens

**Auflage:** 10.000 Stück

**Druck:** Kasper Druckerei  
Am Bullhamm 29a  
26441 Jever

## Ganztagschule: Bertelsmann-Studie untermauert Kritik an Niedersachsens Billigmodell CDU-Ganztagschulen sind Etikettenschwindel



„Immer mehr Schulen stellen auf Ganztagsbetrieb um, aber es fehlen übergreifende Konzepte und Qualitätsstandards“, hat das Deutsche Jugendinstitut im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung herausgefunden.

Die Forscher haben ermittelt, dass zwar rund 31 Prozent der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler ein Ganztagsangebot wahrnehmen. Allerdings steht nur neun Prozent der Schülerinnen und Schüler hierzu-

lande ein gebundenes Ganztagsangebot zur Verfügung. Laut Deutschem Jugendinstitut wird aber nur in diesem echten Ganztag das kognitive und soziale Lernen richtig gefördert.

In der Stadt Schortens bieten inzwischen alle sieben Grundschulen und die Integrierte Gesamtschule Friesland Ganztagsunterricht an, allerdings ist es in allen Fällen lediglich ein offenes Ganztagsangebot.

„Ganztags ist nicht Ganztags – und der Versuch der Landesregierung, mithilfe eines rechtlich fragwürdigen Billigmodells möglichst vielen Schulen das Attribut Ganztagschule aufkleben zu können, erweist sich als politischer Etikettenschwindel“, äußerte sich der SPD-

Landtagsabgeordnete Olaf Lies zu Herrn Althusmanns Sparmodell.

„Wir wollen unsere Kinder besser auf das Leben vorbereiten – für ihre und für unsere Zukunft. Wir wollen die Schule besser an die Kinder anpassen und nicht umgekehrt“ so Olaf Lies. Wirtschaft und Gesellschaft fordern immer mehr Fähigkeiten von den Jugendlichen. Dazu brauchen Kinder mehr Förderangebote, zum Beispiel im Nachmittagsunterricht. Schüler und Schülerinnen sollen ihre Hausaufgaben am Nachmittag mit Unterstützung durch Lehrkräfte machen können, dann wird ihre Freizeit danach weniger belastet.

Bild: © Robert Kneschke -Fotolia.com

## Schulsozialarbeit an allen Schulen

Schulsozialarbeit soll an allen Schulen möglich sein. Sie unterstützt unsere Kinder  
Schulsozialarbeit gehört zum Gesamtbild einer guten Schule, sie ist deshalb Landesaufgabe

Zu einem Gesamtbild gehören neben der Schulsozialarbeit auch die Schulpsychologie und die Beratungslehrkräfte. Alle Akteure aus diesem Bereich sind da, wenn es Probleme gibt, aber auch dazu da, dass erst gar keine entstehen können. Sie sind wie eine Brücke zwischen Schule, Elternhaus und den Kindern und Jugendlichen. Sie sind Vertraute und Ansprechpartner bei Problemen, Nöten und Sorgen von Schülern, Eltern und Lehrern. Die Expertinnen und Experten können vor allem

benachteiligte Kinder und Jugendliche unterstützen und fördern.

Schulsozialarbeit hilft auch, den passenden Beruf oder das richtige Studium auszuwählen. Deswegen muss Schulsozialarbeit an allen Schulen fest verankert werden.

Alle diese Aufgaben brauchen beständige und verlässliche Beziehungsarbeit und Vertrauen zwischen den Personen. Olaf Lies: „Wir wollen auch für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter unbefristete Arbeitsverträge.



Gute Schule braucht gute Sozialarbeit.“

Bild: © Christian Schwier -Fotolia.com

## Standortsicherung statt Bildungsqualität

Es ist verwunderlich, wie wenig in der Öffentlichkeit über die Denkmalpolitik a' la Althusmann bekannt ist. Den Preis bezahlen in allen Bereichen die Kinder. Schülerinnen und Schüler, welche die Oberschulen besuchen, werden keine Qualitäts- und Zukunftsverbesserung im Haupt- und Realschul Sektor erleben. Ob diese Schulen langfristig bei weiterhin

sinkenden Schülerzahlen ein breitgefächertes, pädagogisches Konzept fahren können, ist eher unwahrscheinlich und ob die Frustrationsrate sinkt, wenn man sich nicht mehr Hauptschüler sondern Oberschüler nennt? Eher unwahrscheinlich!

**Fazit: Eine teure Suppe, die keiner dauerhaft auslöffeln will.**

Die Schülerinnen der neuen

Integrierten Gesamtschulen bezahlen ebenfalls für die Denkmalpolitik der Landesregierung.

Es können immer noch nicht alle Kinder wunschgemäß eine IGS besuchen.

Die Schulen bekommen keine Schulsozialarbeiter.

Es gibt nur ein teilgebundenes Ganztagsangebot. Ein jahrzehntelanges, erfolgreiches Schulkonzept will

man untergraben und platt machen, inhaltlich der Substanz berauben um dann aufzuzeigen: Wir wussten es schon immer!

Die politische Anmaßung, den Eltern die Entscheidungsfreiheit zu rauben; ein eindeutiges NO-Go an die derzeitige Landesregierung. Kinder als politische Spielbälle? Pfui!!

## Populismus zum Unwohl der Bürger

In Schortens lässt es sich leben. Die Einkaufsmöglichkeiten sind gut, das Kulturangebot ist hervorragend. Wie überall in Friesland ist auch hier die Jugend- und Sozialpolitik durchaus vorzeigbar, mehr noch: Schortens wird schon zum Sommer 2013 die gesetzlich vorgeschriebene Quote an Krippenplätzen von 35 Prozent erfüllen und sogar darüber hinaus weitere Krippenplätze einrichten, wenn junge Familien oder alleinstehende Erziehungsberechtigte dies wünschen. Heile Welt? Fast ...hätte da nicht im Rat der Stadt Schortens eine kleine Gruppie-

ung etwas dagegen. Wie einst der alte Cato in jeder Sitzung des Römischen Senats die Zerstörung Karthagos beantragte, so bemüht sich BfB/UWG immer wieder, das familienfreundliche Ansehen der Stadt Schortens zu demontieren. Das Familienzentrum im Pferdestall sei zu schließen, in den Krippen seien die Drittkräfte abzuschaffen, und überhaupt sei auf die Bereitstellung von Krippenplätzen generell zu verzichten. Anders als bei Cato reicht das nicht für einen Eintrag in die Geschichtsbücher, aber die Änderung des Kürzels in BgjF (Bürger gegen junge

Familien) wäre schon jetzt allemal verdient.

Geht noch mehr? Selbstverständlich. Wie kann man besonders deutlich ausdrücken, dass man nicht das Geringste von der bisherigen Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Schortens hält? Bei BfB UWG geht das ganz einfach, mit dem schlichten Antrag, die Stellen bei der Stadt mal eben um gut 50 zu verringern.

Damit immer noch nicht genug. Janto Just, der BfB-Populismus-Beauftragte, hat nun auch die Stelle der/s Klimaschutzbeauftragten ins Visier genommen. Zur Erin-

nerung: Das Aqua Toll muss unbedingt saniert werden. Das Bundesumweltministerium bewilligt einen Zuschuss von 250.000 € für die energetische Sanierung. Diese Geldspritze ist allerdings gekoppelt an die Einstellung einer/s Klimaschutzbeauftragten. Für diese zeitlich befristete Stelle zahlt Berlin zwei Jahre lang 65 % der Personalkosten. Wenn die Stadt Schortens diese Stelle also einrichtet, bleiben zusätzlich mindestens 220.000 € für die Stadt übrig. Das rechnet sich. Natürlich nur, wenn man es denn kann und will: a) das Rechnen und b) das Wohl unserer Stadt.

### Olaf Lies äußert sich zur Bildungspolitik einer SPD-geführten Landesregierung



**Zusammengefasst** stellt der SPD-Landtagsabgeordnete Olaf Lies in 5 Punkten die politische Arbeit einer zukünftig SPD-geführten Landesregierung im Bildungsbereich vor:

- Gesamtschulen soll es überall geben können, wo Eltern und Schulträger dies wünschen. Wir wollen ein regional angepasstes, vollständiges und stabiles schulisches Angebot. Bei der Genehmigung von Gesamtschulen muss es weniger Auflagen geben.
- Mehr Zeit zum Lernen für alle Kinder. Wir wollen weiterhin das Abitur nach 13 Jahren an den Gesamtschulen. Eltern und Kinder müssen die Wahl haben, ob sie ihr Abitur nach 13 Jahren ablegen wollen oder nach 12 Jahren.
- Voll ausgestattete Ganztagschulen. An den Ganz-

tagsschulen nach unserer Vorstellung gibt es nachmittags Unterricht, Fördermöglichkeiten und Freizeitangebote und ein gesundes Mittagessen. Solche Schulen können Kinder besser fördern.

- Schulsozialarbeit an allen Schulen. Schulsozialarbeit unterstützt und stärkt Kinder. Schulsozialarbeit gehört zum Gesamtbild einer guten Schule, es ist deshalb Landesaufgabe.

- Einen Stufenplan mit sinnvollen Schritten hin zu kleineren Klassen. Dafür und für viele andere Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität (z. B. auch eine Entlastung der Schulleitungen) wollen wir die wegen des Rückganges der Schülerzahlen frei werdenden Gelder wieder an den Schulen investieren.

### Kein Bürgerentscheid zum Abwassernetz Überlegungen der CDU nicht gut durchdacht

**Die** CDU-Stadtratsfraktion fordert einen Bürgerentscheid zum möglichen Verkauf des Abwassernetzes durch die Stadt Schortens an den OOWV oder an andere potentielle Investoren.

Warum muss man sich da fragen, wurde diese Forderung nicht auch erhoben, als die Zustimmung zum 6 Millionenkredit für die Sanierung des Aqua Tolls in der letzten Ratssitzung erfolgte? Der Auftrag zur Behebung des im vergangenen Jahr öffentlich gemachten Sanierungsbedarfes des Bades, der während der 15jährigen Ratsmehrheit der CDU von 1996 bis 2011 entstanden ist, sollte wohl ohne noch größeres Aufsehen auf den Weg gebracht werden.

Für uns ist ein Bürgerentscheid nicht das angemessene Instrument für eine solche Entscheidung. Wie umfangreich soll denn die Öffentlichkeit informiert werden? Sollen Vertragsentwürfe diskutiert werden? Will die CDU Personalentscheidungen, die unabwendbar sind bei einem Verkauf zur Entscheidungsgrundlage für die Bürger machen? Die Schortenser SPD hat ein mögliches Szenario entworfen: An der Abstimmung nehmen gerade mal die erforderlichen 25 % der

Bürger teil und etwas mehr als die Hälfte davon stimmen gegen einen Verkauf. Abgesehen von dem sehr teurem Verfahren, soll dann die Entscheidung von einer 13% Minderheit abhängig gemacht werden?

Auch die Drohung der Herren Ottens und Homfeldt (CDU), dass bei einem Nein zum Verkauf des Abwassernetzes „schwere Zeiten auf alle zukommen“ und über Schließungen von Turnhallen und Grundschulen und über vieles andere nachgedacht werden muss, bedeutet nicht zwangsläufig ein „Ja“ der Bürger zum Verkauf.

Der richtige Klick.....



**Besuchen Sie uns auch im Internet.**  
[www.spd-schortens.de](http://www.spd-schortens.de)

Am Sonntag den 20. Januar

**Wählen gehen!**